Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Inserate übernehmen außerhalb Berlins: Bonn: M. Cohen. — Bremen: E. Schlotte, Wilh. Scheller. — Breslau: A. Retemeyer. — Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co. — Hamburg: Haasenstein & Vogler, Joh. Mossdorf, Adolf Steiner, Wilhelm Wolff. — Köln: C. Schoenwald. — Leipzig: D. Frenz. — München: C. Mazewski.

Wien: M. Dubec, I., Wollzeile No. 6—8; A. Oppelik, I., Stadtempfangstel. 2. — Frankreich, Belgien und Holland: Alleinige Annahme bei der Compagnie générale de Publicité Étrangère, John F. Jones & Cie. in Paris, 31 rue de Faubourg Montmartre. — Schweiz: Orell Füßli & Co., Zürich.

Nr. 87. [37. Jahrgang.] **Berlin, Freitag den 15. April 1898.** **[37. Jahrgang.] Nr. 87.**

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint wochentäglich Abends und am Sonntag Morgen; bei besonderen Ereignissen in Extra-Ausgaben. Der Abonnementspreis beträgt für das Deutsche Reich und die österreichisch-ungarische Monarchie vierteljährlich **4 Mark**, für das übrige Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. **Abonnements werden bei den Postanstalten angenommen.** Für Berlin nehmen sämmtliche Zeitungs-Spediteure und die Expedition, Wilhelmstraße 32, Abonnements zum Preise von **4 Mark** vierteljährlich, sowie die Post-Expeditionen von **4 Mark 40 Pf.** inkl. Bestellgebühr entgegen. Preis der einzelnen Nummer 10 Pf. Inserate nimmt die Expedition zum Preise von **40 Pf.** pro fünfspaltige Petitzeile an. Beiträge für die Redaktion der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" sind an diese: **Berlin SW. 48, Wilhelmstraße 32,** zu richten, und wird gleichzeitig Honoraranspruch erbeten. Nachträgliche Honoraranspräche finden keine Berücksichtigung; unbenutzte Einsendungen können nicht aufbewahrt werden.

Fernsprech-Anschluß Amt 6 Nr. 3246.

Für die Monate **Mai** und **Juni** werden bei allen Reichs-Postanstalten Abonnements auf die

„Norddeutsche Allgemeine Zeitung"

zum Preise von 2 Mark 67 Pf. entgegengenommen; — in Berlin in der Expedition Wilhelmstraße 32, außerdem bei sämmtlichen Zeitungs-Spediteuren; — in Potsdam bei A. Pusch, Kanal 10.

Politischer Tagesbericht.

Berlin, den 14. April.

Das „Reutersche Bureau" meldet aus **Hongkong** unter dem Gestrigen: Se. Königl. Hoheit der Prinz Heinrich von Preußen ist heute an Bord der „Gefion" nach Shangkai in See gegangen. Die „Deutschland" wird die Weiterreise erst später antreten.

Zum spanisch-amerikanischen Konflikt.

In seiner gestrigen Sitzung hat das amerikanische Repräsentantenhaus nach stürmischer Debatte mit 324 gegen 20 Stimmen den von der Majorität seiner Kommission für die auswärtigen Angelegenheiten beschlossenen Bericht gebilligt. Der Senat hat noch keine Entscheidung getroffen, die konservativen Senatoren befürworten einen Aufschub.

Ueber den Verlauf der gestrigen Sitzungen des Kongresses liegen folgende Berichte vor.

In Senat legte Senator David den von der Mehrheit der Senatskommission für die auswärtigen Angelegenheiten beschlossenen Bericht dem Hause zur Annahme vor. In dem Bericht wird erklärt: In Erwägung, daß die Lage auf Kuba, wie sie seit drei Jahren andauert und schließlich die Zerstörung des Panzerschiffes „Maine" greifbar hat, nicht mehr länger ertragen werden kann, möge das Haus folgenden Beschluß fassen: Das Volk von Kuba ist von Rechts wegen frei und unabhängig. Es ist die Pflicht der Vereinigten Staaten, an Spanien die Forderung zu stellen, — und die Regierung fordert demgemäß, — daß Spanien sofort seine Hoheitsrechte und die Regierung über die Insel Kuba niederlege und unverzüglich seine Land- und Seestreitkräfte von der Insel zurückziehe. Der Präsident der Vereinigten Staaten wird ermächtigt und aufgefordert, die gesammten Streitkräfte der Vereinigten Staaten, soweit als zur Durchführung dieser Resolution erforderlich ist, zu verwenden.

In einem früheren Telegramm wird noch folgendes Nähere mitgetheilt. Der Bericht, wird gesagt, sei sehr umfangreich. Er bebt besonders die Katastrophe des Panzerschiffes „Maine" hervor und sagt: Obwohl die Erregung, die das amerikanische Volk empfand, durch nichts gemildert wurde, wurden die Aeußerungen dieser Erregung unterdrückt, bis die amtliche Untersuchung die Ursache der Katastrophe entdecken würde. Die Kommission ist der Ansicht, daß die Vernichtung der „Maine" den spanischen Behörden zuzuschreiben ist oder daß sie möglich geworden ist durch eine so schwerwiegende Nachlässigkeit derselben, daß die Nachlässigkeit einem positiven kriminellen Akt gleichkommt. Die Explosion sei nur ein Glied in der langen Kette der vorangegangenen Ereignisse, von denen man sie vernünftiger Weise nicht trennen könne. Der Bericht bestimmt sodann die ungesäumte Anerkennung der Unabhängigkeit Kubas und die Errichtung einer unabhängigen kubanischen Regierung, sowie die Intervention der Vereinigten Staaten, um die Beendigung des Kriegs zu Kuba herbeizuführen. Das Weitere verbreitet sich der Bericht ausführlich über die von den Spaniern begangenen Grausamkeiten und erinnert an die von den amerikanischen Konsuln eingesandten Darstellungen; der Bericht erklärt, Spanien suche die kubanische Rasse systematisch zu vernichten. Dieser ganze Theil des Berichts spricht von Spanien in sehr scharfen Ausdrücken. Es heißt dann am Schluß: Wenn Spanien in der Aktion der Vereinigten Staaten einen Grund zum Kriege sieht, so wird dieses Resultat von dem amerikanischen Volke, das auf die Gerechtigkeit seiner Aktion vertraut, acceptirt werden.

Der von der Minderheit des Senatsausschusses beschlossene Bericht ist ähnlich demjenigen der Majorität; er weicht insofern ab, als er auch vorschlägt, die gegenwärtige von den kubanischen Insurgenten gewählte Regierung anzuerkennen.

Der Majoritätsbericht der Kommission des Repräsentantenhauses entspricht im Wesentlichen dem Berichte der Senatskommission. Der Bericht der Minorität spricht sich außerdem noch für die Anerkennung der Unabhängigkeit der kubanischen Republik aus, die durch die Ver- und Landesstreitkräfte der Vereinigten Staaten unterstützt werden müsse. Das Repräsentantenhaus verwarf zuerst mit 191 gegen 150 Stimmen den Bericht, den die Minorität der Kommission des Hauses für die auswärtigen Angelegenheiten beschlossen hatte, und billigte dann mit der oben erwähnten großen Stimmenmehrheit den Bericht der Mehrheit der Kommission.

Die unbeschreibliche Aufregung des Repräsentantenhauses während der Verhandlungen verursachte bedauerliche Szenen. Die Deputirten rannten wie Tobsüchtige in den Gängen zwischen den Bänken umher. Der Deputirte Bartlett schleuderte ein Buch nach dem Deputirten Bruun; dieser wich dem Wurfgeschoß aus, das sein Gesicht streifte. Bevor die Ruhe wiederhergestellt wurde, tauschten verschiedene Deputirte Schimpfwörter aus wie „Kanaille", „Lügner". Endlich nahm die Kammer eine Vorrage an, wonach die Debatte auf 20 Minuten für die Redner jeder Partei beschränkt wurde.

Noch ehe die Washingtoner Abstimmung in Madrid bekannt sein konnte, veröffentlichte die „Agencia Fabra" folgende Mittheilung: „In offiziellen Kreisen hält man dafür, daß man die von Mac Kinley entwickelte Ansicht über das Recht der Vereinigten Staaten, in der Kuba-Frage zu intervenieren, nicht ohne Protest hinnehmen könne. Spanien sei bis an die äußersten Grenzen der Konzessionen gegangen. Auf die Schritte der Vereinigten Staaten müsse es mit entsprechenden Schritten antworten. Angesichts der Interventionsdrohung der Vereinigten Staaten müsse Spanien fortfahren, sich auf seine Vertheidigung vorzubereiten. Ein Beschluß, zur Verstärkung der Flotte eine nationale Subskription zu eröffnen, wird unverzüglich der Königin-Regentin zur Vollziehung unterbreitet werden."

Den Carlos hat ein Manifest erlassen, in welchem er seine Anhänger beschwört, für Spanien gegen das Ausland zu kämpfen; jeder Karlist, welcher das nicht thue, sei ein Verräther.

Erfolg Frankreichs in China.

In einem gestern Mittag abgehaltenen Ministerrath theilte der französische Minister des Auswärtigen, Hanotaux, mit, daß China sich mit den Forderungen Frankreichs voll einverstanden erklärte. Hanotaux sagte hinzu, China sei in Folge früher getroffener Abmachungen Frankreichs gegenüber die Verpflichtung eingegangen, keiner anderen Macht die Insel Hainan abzutreten. Eine Depesche der französischen Regierung theilt die Zustimmung derselben zu den französischen Vorschlägen mit und stellt fest, daß Frankreich die Erfüllung aller seiner Forderungen auf dem Wege freundschaftlicher Verhandlungen erhielt, ohne zu dem Mittel einer Flottendemonstration oder eines Ultimatums zu schreiten.

Ein französischer Diplomat über Ostasien.

Der „Gaulois" veröffentlicht eine längere Unterredung, die einer seiner Mitarbeiter mit dem ehemaligen Gesandten am Hofe von Peking, Herrn Gabriel Lemaire, über die Lage in Ostasien gehabt hat; wir extrahiren derselben folgende Stellen: „Auf Kiautschou kann Deutschland eine blühende Niederlassung machen, denn die Bucht ist breit, tief und wohl geborgen; aber es wird ihm dies nur unter der Bedingung möglich werden, daß er bei der chinesischen Regierung den Bau einer Eisenbahnlinie von Kiautschou nach Tsi-Nan-Fou, der Hauptstadt der Provinz, und von diesem bedeutenden Zentrum aus nach dem großen Kanal durchsetzt. Unter diesen Bedingungen ist die Zukunft von Kiautschou gesichert. Die zahlreichen, größtentheils englischen Schiffe, die von Shanghai aus den Handel mit dem Norden Chinas über Tschefoo und Lien-Tsin vermitteln, werden das größte Interesse daran haben, ihre Ladungen in Kiautschou zu löschen und neue dort aufzunehmen. Demnächst wird in jedem Jahre die Schiffahrt in den Umgebungen des Shantung-Kaps und der Petschili-Bucht, sobald der Nordmonsum zu wehen beginnt, sehr gefährlich und, soweit Kiau-Tsin in Betracht kommt, vom Dezember bis zum März wegen der Eisblöcke, die den Zugang zum Peiho versperren, gänzlich unterbrochen. Was uns Franzosen anbelangt, so ist unsere Interessensphäre bereits abgegrenzt, und wir empfinden augenblicklich sicher nicht das Bedürfniß, uns auf Kosten eines Nachbarn zu vergrößern, während andererseits Niemand daran denken wird, uns an den umliegenden Küsten zu bemächtigen, so lange wir in der Lage sind, uns da zu erhalten, wo wir uns festgesetzt haben. . . . Das Interesse der europäischen Mächte besteht darin, soweit als möglich ihre Handelsbeziehungen mit China auszudehnen und in alle Theile des Reiches unter den günstigsten Bedingungen die Erzeugnisse ihres Bodens und ihrer Industrie gelangen zu lassen; sie müssen die kaiserliche Regierung zwingen, alle Schranken wegzuräumen, die sich dem entgegenstellen, und sich allen Maßregeln anzuschließen, die dieses Ziel verfolgen. Kolonieen kann Europa hier keineswegs gründen, und es denkt auch wohl nicht daran; China kann nur ein ungeheurer Konsumentenmarkt werden, den unbekt und überall Allen geöffnet zu erhalten im gemeinsamen Interesse sämmtlicher Mächte liegt. . . . Eine gewisse Gefahr ist in der allzu engen Nachbarschaft der von den verschiedenen Nationen — Russen, Deutschen und Engländern — besetzten Häfen vorhanden, da somit Reibereien und Aufeinanderplatzen rivalisirender Interessen zu befürchten sind.

Der Wirkliche Geheime Legationsrath Dr. v. Bucka, Direktor der Kolonial-Abtheilung des Auswärtigen Amts, ist im Falle der Behinderung des Reichskanzlers mit dessen Vertretung in den Kommando-Angelegenheiten der kaiserlichen Schutztruppen in den ostafrikanischen Schutzgebieten an Stelle des bisher damit betraut gewesenen Unterstaatssekretairs Frhrn. v. Richthofen beauftragt worden.

Der **Allgemeine evangelisch-protestantische Missionsverein**, der bereits Mitte Januar seinen Missionar D. Faber in Shanghai beauftragt hatte, sich nach Kiautschou zu begeben, hat gestern in seiner in Gotha abgehaltenen Central-Vorstandskonferenz beschlossen, sofort mit praktischer evangelischer Missionsarbeit in der neuen deutschen Kolonie vorzugehen. Ein Aufruf an das evangelische Deutschland soll demnächst veröffentlicht werden.

Ausland.

Rundschau.

Wie aus **London** gemeldet wird, ist daselbst der Jahresbericht der Chartered Company veröffentlicht worden. In demselben wird vorgeschlagen, das Kapital um 1½ Millionen Pfund durch Ausgabe gewöhnlicher Pfundaktien zu erhöhen, von denen 250 000 Stück sofort den Aktionairen zum Preise von zwei Pfund angeboten werden sollen. In einem Anhange zu dem Berichte wird der mit dem Kolonialamte in Betreff der Verwaltung geführte Schriftwechsel veröffentlicht. In einer Depesche vom 15. Februar beantragt Chamberlain, seinen ursprünglichen Vorschlag dahin abzuändern, daß die Direktoren der Gesellschaft ermächtigt werden, Verordnungen des gesetzgebenden Rathes ihre Zustimmung zu verweigern und dem Staatssekretair zu unterbreiten. Diesem Antrage hat der Board am 4. März zugestimmt.

„Daily Mail" glaubt versichern zu können, daß die Antwort der Regierung von **Transvaal** auf die Frage über die Oberherrschaft Englands sich bereits in den Händen Chamberlains befindet. Das Dokument sei sehr umfangreich.

In der gestrigen Sitzung des **belgischen** Senats wurde vom Senator Simoni der gestern von uns erwähnte Antrag eingebracht, die deutsche Sprache als dritte offizielle Sprache in Belgien einzuführen und ihr denselben Platz in den öffentlichen Aktenstücken einzuräumen, wie der französischen und vlämischen Sprache.

Das **Pariser** Blatt „Aurore" veröffentlichte gestern einen Artikel Zolas mit der Ueberschrift „Neue Schmach". In dem Artikel beschwert Zola sich darüber, daß man aus seinem Briefe „J'accuse" nur drei Zeilen herausgerissen habe, um ihn verurtheilen zu können, ohne daß über die Dreyfus-Angelegenheit Licht geschaffen wurde. Zola sieht in diesem Manöver Furcht vor der Wahrheit. Solche Mittel würden den Abscheu der ganzen Welt erregen; nichts aber könne die Wahrheit, die endlich doch triumphiren werde, unterdrücken. Heute gehen Zola und der Herausgeber der „Aurore" der Staatsanwaltschaft zu Versailles durch einen Gerichtsvollzieher die Absicht bekannt, den Wahrheitsbeweis für sämmtliche in dem Artikel „Ich klage an" erhobenen Anschuldigungen antreten zu wollen, da diese mit dem inkriminirten Justiz in unmittelbarem Zusammenhang ständen. Zur Führung des Wahrheitsbeweises sollen 128 Zeugen vernommen werden, außerdem sollen Alle, welche bereits im ersten Prozesse Zeugen waren, Vorladungen erhalten, insbesondere die Diplomaten und Militairattachés, die Mitglieder des Kriegsgerichts vom Jahre 1894, die Generale Guerrier und Gallifet. Ferner wird die Vorlegung der Verhaftsakten der Untersuchungen gegen Dreyfus, Sterhazy und Piquart gefordert werden.

Im **ungarischen** Abgeordnetenhause brachte der Justizminister v. Erdély einen Gesetzentwurf über die wirthschaftlichen und gewerblichen Kreditgenossenschaften ein.

In der Presse war in letzter Zeit wieder von einer Romreise des Fürsten von **Bulgarien** die Rede zum Zwecke einer Anschlußung mit dem Papste in Folge der noch nicht vergessenen, aus politischer Nothwendigkeit erfolgten Taufe des Prinzen Boris. Zu einer Verhandlung des bulgarischen Fürsten mit dem Vatikan in dieser Frage wird es wohl schließlich einmal kommen und am sichsten, meint unser Wiener Korrespondent, sähe man eine solche in Wien, aber wie unser Berichterstatter hinzufügt, ist vorläufig von einer in nächster Zeit bevorstehenden Reise des Fürsten Ferdinand nach Rom an maßgebender Stelle nichts bekannt. Wenn ein solcher neuerlicher Schritt seitens des Fürsten angebahnt würde, dürfte er nach der geänderten Situation von dem österreichischen Kabinet unterstützt werden.

Von **russischer** Seite werden die Nachrichten, daß man die Pforte wegen der Zahlung der Kriegsentschädigungs-Rückstände bedränge, für unbegründet erklärt. Die Absicht, eine diesbezügliche Note zu überreichen, sei seit Monaten niedergetagt. Auch habe man nicht ausdrücklich auf der Zahlung derselben aus der griechischen Kriegsentschädigung, sondern nur auf Baarzahlung bestanden, welche durch die Ottomanbank gewährleistet werden solle. Man gehe sich der Hoffnung hin, die Pforte werde ein freundschaftliches Uebereinkommen treffen.

Der neue russische Gesandte in China Speyer und der russische Finanzrath Alexejew haben Sktól verlassen und sich nach China begeben. Berichten zufolge soll im Innern Koreas ein Aufstand ausgebrochen sein.

Oesterreich-Ungarn.

ñ. **Wien**, 13. April. Die österreichisch-ungarischen Kriegsschiffe und Truppen haben Kreta verlassen und dürften in den nächsten Tagen in Triest eintreffen. Wir haben diese Thatsachen vor längerer Zeit angekündigt, als von einer solchen Möglichkeit noch keine Rede war. Man hatte tatsächlich die seit Monaten in Aussicht genommenen Manöuvren wiederholt bestritten, und doch war hierzu kein eigentlicher Grund vorhanden. Als sich Oesterreich-Ungarn den übrigen Mächten zur Wiederherstellung geordneter Zustände auf Kreta anschloß und zu diesem Zwecke seine Schiffe und Truppen dahin entsendete, konnte man in Anbetracht der Dringlichkeit der Pacifizirung der Insel nicht annehmen, daß man so lange Zeit zu keinem Resultate gelangen werde. Man hatte vielmehr geglaubt, daß die Bemühungen der Mächte, auf der Insel geordnete Zustände zu schaffen, rascher zum Ziele führen und eine längere Anwesenheit der Schiffe und Truppen auf derselben überflüssig machen würden. Diese Erwartungen sind nun nicht eingetroffen, und da die Unterhaltung der Schiffe und Truppen auf Kreta größere Opfer erfordert, als sich mit der Zweckmäßigkeit und Bedeutung dieser bewaffneten Intervention verträgt, andererseits bei der Finanzlage des Reiches auch keine Rechtfertigung findet, erschien es geraten, die Truppen und Schiffe von der Insel zurückzuziehen. Daß Oesterreich-Ungarn im Uebrigen bei den weiteren Entscheidungen über Kreta nach wie vor im Platze der Mächte verbleibt und bei den Beschlüssen derselben seine Stimme nur zum Wohle der Insel erheben wird, ist ganz selbstverständlich. Es wird dies bei dem Oesterreichisch-ungarischen Kabinet um so leichter gelingen, als es bei der Feststellung des weiteren Schicksals der Kreter keine eigenen Interessen zu beobachten hat.

* **Triest**, 14. April. Als eine Anzahl Geistlicher in der St. Antonius-Kirche über soziale Fragen eine Konferenz abhielt, sammelte sich eine größere Anzahl Sozialdemokraten vor der Kirche an. Militair und Polizei schritten ein, wobei einige Verhaftungen vorkamen. Nachdem die Ruhe wiederhergestellt war, konnte die Konferenz ohne weiteren Zwischenfall zu Ende geführt werden.

Rußland.

* **Petersburg**, 13. April. Die Kaiserin machte heute mit dem Kaiser eine Ausfahrt und besuchte das Grab des Kaisers Alexander III. in der Peter-Paulis-Festungskirche.

Großbritannien.

* **London**, 13. April. In der City giebt man sich keinen großen Berechtungen hin, falls es zum Kriege zwischen den Vereinigten Staaten und Spanien kommen sollte. Der englische Ausfuhrhandel nach Spanien ist ganz gering. Selbst die atlantischen Telegraphen-Gesellschaften legen wenig Besorgniß. Der Leiter der Anglo-American Gesellschaft meint, daß der Ausbruch eines Krieges zwischen den beiden Ländern seiner Gesellschaft sehr zu gute kommen würde. Niemand glaubt, daß die Vereinigten Staaten oder Spanien die Kabel zerschneiden wird. In ihrem letzten Kriege haben das nicht einmal die Chinesen oder die Japaner gethan. Die amerikanischen Produkte werden fast sämmtlich auf britischen Schiffen nach Europa geschafft und sind deshalb sicher. — Die „Unabhängige Arbeiterpartei" Keir-Hardies hielt am Ostermontag in Birmingham die Jahres-Konferenz ab. Sie spielt gerade keine große Rolle in der englischen Politik. Dennoch mag aber manches bei den Verhandlungen gefallene Wort Beachtung verdienen. Keir-Hardie meinte, für die Arbeiterpartei wäre es besser gewesen, wenn die Liberalen bei den letzten Parlamentswahlen gesiegt hätten. Das Land würde dann bald entdeckt haben, daß das liberale Programm völlig undurchführbar sei. Diejenigen liberalen Wähler, welche den Liberalismus ernst nehmen, würden sich dann von ihrer Partei losgesagt haben und zu der Arbeiterpartei übergegangen sein. Keir-Hardie hält von der liberalen Partei gar nichts. Aller Regierungsweisheit bar, kenne sie die Wünsche des Volkes nicht. Ihre heterogenen Elemente vermögen sich nicht in geschlossener Kolonne nach einer Richtung hin zu bewegen. „Die Liberalen", sagte er, „müssen weiter, aus Ruder kommen. Das ist der erste Schritt zur sozialen Revolution. Die „Unabhängige Arbeiterpartei" zählt gegenwärtig, stark gerechnet, 12 000 Mitglieder. Ihre Kasse weist einen Fehlbetrag von 250 Lstr. auf. — In Cardiff hielten gestern die Vertreter der südwallisischen Bergwerksbesitzer eine Konferenz mit den Vertretern der Arbeiter ab. Die Verhandlungen dauerten eine Stunde. Dann wurden sie sich abgebrochen, da den Arbeitgebern die Vollmachten der Arbeitervertreter nicht genügten. — Sieben Zechen haben den Arbeitern eine 10prozentige Lohnerhöhung bewilligt. In Folge dessen haben gestern dort die Arbeiter wieder aufgenommen. Die Polizei glaubt, daß eine allgemeine 24prozentige Lohnerhöhung zugestanden. Sie gebören dem Verbande der Bergwerksbesitzer nicht an.

Frankreich.

* **Paris**, 13. April. General Gallifet hatte sich vorgestern durch einen Sturz aus dem Wagen erheblich verletzt. Heute ist sein Befinden ziemlich befriedigend. — Hier wellende amerikanische Offiziere erhielten Ordre, sofort nach der Heimath zurückzukehren. Unter denselben befinden sich auch zwei amerikanische Geltausstellungs-Kommissäre Erbke. — Das Zuchtpolizeigericht von Albi hat bezüglich der Betugnisse der Fachvereine eine Entscheidung gefällt, die von den Sozialisten aus Heftigste angegriffen wird, hinsichtlich deren aber die meisten anderen Zeitungen den Wunsch äußern, daß sie von den höheren Instanzen bestätigt werde. Das Gericht erkannte nämlich auf die Auflösung der „Fédération ouvrière du Tarn, de l'Aveyron et de l'Hérault", des Bergmannsverbandes von Carmaux und des der Metallarbeiter der Fabriken des Saut-du-Tarn, „weil sie Wohl des Herrn Jaurès von den zu dieser Föderation gehörigen Fachvereinen bezahlt worden waren, weil die „Voix des Travailleurs", das sozialistisch-revolutionäre Organ der Föderation, 13 000 Fr. von den 14 000 aufgebraucht hatte, die von den Fachvereinen eingezahlt worden waren, und weil der Kongreß von 1892 beschlossen hatte, die Kosten für die Kantons- und Departementswahlen von der Föderation trage zu lassen".

* **Nizza**, 15. April. Präsident Faure stattete heute Nachmittag der Königin Victoria einen Besuch ab, den der Prinz von Wales im Auftrage der Königin alsbald erwiderte.

Türkei.

* **Konstantinopel**, 13. April. Morgen findet eine Berathung der Botschafter über die Grenzberichtigung in Thessalien statt. — Dem zweiten Direktor des hiesigen Militairhospitals Professor Düring ist der Grad eines Paschas verliehen worden.

Rumänien.

* **Bukarest**, 13. April. Der König und die Königin sind heute Abend nach Abbazia abgereist. Unter den Persönlichkeiten, die zur Verabschiedung von dem Bahnhofe eingefunden hatten, befand sich auch der deutsche Geschäftsträger Graf v. Waldersee.

Deutsches Reich.

Hof- und Personal-Nachrichten.

* Se. Majestät der Kaiser arbeitete, wie aus Homburg v. d. Höhe gemeldet wird, gestern Vormittag mit dem Chef des Zivilkabinets, Wirklichen Geheimen Rath Dr. v. Lucanus. Später empfing Seine Majestät den Abt Willibrord Benzler von Maria-Laach. Um 11 Uhr hielt Prof. Mommsen, welcher mit dem Kultusminister D. Dr. Bosse Morgens früh in Homburg eingetroffen war und in Gemeinschaft mit dem Letzteren unter Führung des Bauraths Jacobi Vormittags das Saalburg-Museum besichtigt hatte, vor Seiner Majestät dem Kaiser Vortrag über das zu erbauende Prätorium der Saalburg als Reichslimesmuseum. Um 1 Uhr fand im Schlosse Frühstückstafel statt, zu welcher u. A. der Kultusminister und Prof. Mommsen geladen waren.

-l. Se. königl. Hoheit Prinz Albrecht von Preußen und seine Gemahlin, geb. Prinzessin Marie von Sachsen-Altenburg, werden die Feier ihrer silbernen Hochzeit am 19. d. M. im engsten Familienkreise in San Remo begehen, wo sie als Graf und Gräfin von Ravensberg seit Mitte Februar weilen. Der jüngste Sohn des prinzlichen Paares, Prinz Friedrich Wilhelm, ist bereits am Dienstag dahin abgereist; die älteren Brüder, Prinz Friedrich Leopold und Prinz Joachim Albrecht, werden am 16. folgen. Außerdem wird nur noch der Vater der Frau Prinzessin, Herzog Ernst von Sachsen-Altenburg, in San Remo erwartet.

** Se. Durchlaucht der Reichskanzler, Fürst zu Hohenlohe, ist gestern Abend mit der Prinzessin Elisabeth von Teplitz zurückgekehrt.

* Der Geh. Ober-Regierungsrath Krabmer ist gestern aus Posen hier angekommen und im Zentral-Hotel abgestiegen.

* Der Erste Bürgermeister von Nordhausen, Schüsterhus, Mitglied des Herrenhauses, ist gestern hier eingetroffen und im Hotel Bellevue abgestiegen.

* Der Flügeladjutant des Regenten von Lippe-Detmold, Major v. Malachowski, ist nebst Gemahlin gestern aus Detmold hier eingetroffen und im Hotel Continental abgestiegen.

b. Der königlich sächsische Legationsrath v. Stieglitz ist heute von seinem längeren, in Italien verlebten Urlaub nach Berlin zurückgekehrt.

Graf Kleist-Zützen, Majoratsherr und Mitglied des Herrenhauses, ist gestern aus Zützen hier eingetroffen und im Hotel Kaiserhof abgestiegen.

* Der russische Geh. Rath Mossolow ist gestern aus Petersburg hier angekommen und im Savoy-Hotel abgestiegen.

** Die Räthe und Mitglieder des Reichs-Versicherungsamtes, denen sich die Herren angeschlossen hatten, die früher in diesen Stellungen thätig waren, haben kürzlich dem bekanntlich vor etwa Jahresfrist in den Ruhestand getretenen ersten Präsidenten des Reichsversicherungsamtes, Herrn Dr. Bödiker, durch eine Abordnung, an deren Spitze der jetzige Präsident des Amtes, Dr. Gaebel, und dessen Direktoren Parrisius und Dr. Sarrazin standen, ein Album überreichen lassen. Dieses, ein Meisterwerk deutscher Arbeit, enthält außer Inseraten und äußeren Ansichten des Reichs-Versicherungsamtes die photographischen Portraits der Geber, welche auf diese Weise der dauernden Verehrung für ihren ehemaligen Chef Ausdruck geben wollten.

b. Der Botschaft der Vereinigten Staaten ist in der Person des Dr. C. W. Stiles ein landwirthschaftlicher wissenschaftlicher Attaché überwiesen worden. Er hat sein Doktorexamen auf einer deutschen Universität bestanden und hat bisher im landwirthschaftlichen Ministerium in Washington gearbeitet.

b. Auf der englischen Botschaft findet morgen nach mehr als einjähriger Unterbrechung wieder eine größere Tafel statt. Dazu hat Sir Frank Lascelles geladen den Fürsten und die Fürstin Ferdinand Radziwill, den österreichisch-ungarischen Botschafter mit Gemahlin und Töchtern, den General v. Hindenburg und Gemahlin, die Gräfin Münster, den italienischen Geschäftsträger Mattioli, den türkischen Legationssekretair v. Carstenskiöld und die Herren der Botschaft.

* Der Landeshauptmann der Provinz Pommern, Rittergutsbesitzer Gerhard Hoeppner auf Lonnin, ist am 12. d. M. in Stettin, 45 Jahre alt, an den Folgen eines Schlaganfalls gestorben.

* Die Generalmajors Becher, Inspekteur der Landwehr-Inspektion Berlin, und Pelt, Kommandeur der 1. Fußartillerie-Brigade, Oberstlieutenant v. Amann, Abtheilungschef im Ingenieurkomité, Dame und v. Puchelski-Gehag vom Großen Generalstabe, sind hierher zurückgekehrt.

* Oberst Hoyer v. Rotenheim, Kommandeur des Feldartillerieregiments von Scharnhorst (1. Hannoversches) Nr. 10, General-Oberarzt Dr. Ziegel, Divisionsarzt der 5. Division, und Major Kast, Allerhöchst beauftragt mit der Führung des Füsilierregiments Prinz Karl von Preußen (Brandenburgisches) Nr. 12, und Major v. Troschel, Kommandeur des Pommerschen Pionierbataillons Nr. 2, sind hier eingetroffen.

* Oberst Greuzinger, Inspekteur der 1. Pionier-Inspektion, hat Berlin verlassen.

* Die Majors: v. Gersdorff, Bataillonskommandeur im Füsilierregiment Graf Barfuß (4. Ostpreußisches) Nr. 40, v. Deseke, Bataillonskommandeur im 6. Thüringischen Infanterieregiment Nr. 95, Douffin vom Infanterieregiment Nr. 165, und Dreyer vom 2. Pommerschen Ulanenregiment Nr. 9, sind von hier wieder abgereist.

Politische Nachrichten.

* Einige Blätter brachten eine Meldung nach, daß der Reichskanzler sich durch eine besondere Anfrage darüber informirt habe, wie hoch die Summe wäre, welche die Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalten zur Beschaffung **landwirthschaftlichen Kreditbedürfnisses** hergegeben hätten. Daß die Meldung unrichtig oder verspätet ist, geht, wie die „Berl. Pol. Nachr." hervorheben, daraus hervor, daß eine Uebersicht über diese Thätigkeit der Versicherungsanstalten bis Ende 1897 vom Reichs-Versicherungsamte schon im Januar des laufenden Jahres herausgegeben ist. Danach waren insgesammt zu dem angegebenen Zwecke 17,4 Millionen von den Anstalten hergegeben oder bereitgestellt, und zwar sollte das Geld zu Ansiedlungen, Kleinbahnen, Land- und Wegeverbesserungen, Hebung der Viehzucht u. s. w. verwendet werden. Der Löwenantheil an der ganzen Summe entfiel auf die Anstalt Sachsen-Anhalt, die 5,9 Millionen hergegeben hatte. Es folgten Thüringen mit 3,9 Millionen, Brandenburg mit 1,9, Niederbayern mit ebensoviel, Schwaben und Neuburg mit 1,3, Württemberg mit 1 und Hessen mit nahezu 1 Million. Der Rest vertheilte sich auf Hessen-Nassau, Oberbayern, Pfalz, Oberpfalz und Regensburg, Oberfranken, Mittelfranken, Unterfranken und Aschaffenburg, Mecklenburg und Oldenburg. Anstalten, welche dabei, daß von 15 preußischen Anstalten nur 3 für die Befriedigung landwirthschaftlichen Kredits Gelder hergegeben haben, während die 8 bayerischen Versicherungsanstalten sämmtlich dabei betheiligt sind. Königreich Sachsen, Baden und Elsaß-Lothringen haben überhaupt nicht. Der Zinsfuß, zu welchem die Gelder ausgeliehen sind, schwankt zwischen 3 und 4,25%, und zwar findet sich der erstere Zinsfuß nur einmal bei der Anstalt der Provinz Brandenburg vor, wo das Darlehnsgesuch zur Bestreitung von Ausgaben für Kleinbahn-Unternehmungen verwendet werden ist, während der vierprozentige nemmal vorgekommen ist. Am häufigsten ist das Geld zu 3½ % gegeben.

* Der Jahresbericht der Handelskammer des Kreises Königsberg für das Jahr 1897 bietet ein Urtheil über die wirthschaftliche Entwicklung in dem Berichtsjahre dahin zusammen: „Der wirthschaftliche Aufschwung, der im Jahre 1896 in der Industrie und im Großhandel zu Tage trat, hat im verflossenen Jahre weitere Fortschritte gemacht. Einige von den einzelnen Branchen ab, so hält sich durch eine Ausdehnung und Festigung der Geschäftsbeziehungen